

BEBAUUNGSPLAN "SOLARPARK KÖPERNITZ SÜD-WEST"

Auswertung der Stellungnahmen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) gem. § 4 (1) BauGB

Behörden / TöB, die von der Planung berührt sein können, wurden mit Schreiben vom 20.05.2022 gem. § 4 (1) BauGB beteiligt.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. (1) BauGB findet vom **11.07.2022 bis einschließlich 09.08.2022** statt.

	Seite
1. Behörden / TöB, die beteiligt wurden, aber innerhalb der gesetzten Frist keine Stellungnahme abgegeben haben	2
2. Behörden / TöB, die eine Stellungnahme ohne Hinweise und Anregungen abgegeben haben	3
3. Behörden / TöB, die eine Stellungnahme mit Hinweisen und Anregungen abgegeben haben	4
4. Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB	39

Auslageexemplar
Veröffentlichung Entwurf nach § 3 Abs.
BauGB

Die öffentliche Auslegung ist erfolgt

vom 16.07.2025 bis 19.08.2025

Ziesar, den _____

K. Gericke
Amtdirektor

1. Behörden / TöB, die beteiligt wurden, aber innerhalb der gesetzten Frist keine Stellungnahme abgegeben haben

TöB-Nr.	Behörde / TöB	
1.4	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Denkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4-5, 15838 Wünsdorf	Da weder eine fristgerechte Stellungnahme abgegeben noch ein Antrag auf Verlängerung der Frist zur Abgabe einer Stellungnahme gestellt wurde, wird davon ausgegangen, dass die Belange nicht berührt sind.
1.5	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Abt. Bodendenkmalpflege / Archäologisches Landesmuseum, Wünsdorfer Platz 4-5, 15838 Wünsdorf	
2.3.1	Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Hauptallee 116/8, 15806 Zossen, OT Wünsdorf	
2.4.1	BIMA Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Fasanenstraße 87, 10623 Berlin	
2.4.2	BVVG, NL Brandenburg/Berlin, Schönhauser Allee 120, 10437 Berlin	
2.5.2	Landesjagdverband Brandenburg e.V. – Geschäftsstelle, Saarmünder Str. 35, 14552 Michendorf	
2.5.3	Waldkleeblatt – Natürliche Zauche e.V., Wilmersdorfer Str. 24, 14547 Beelitz	
2.5.4	Freier Wald e.V., Hauptstr. 21, 15806 Zossen	
3.1	Amt Wusterwitz, August-Bebel-Str. 10, 14789 Wusterwitz	
3.2	Amt Ziesar, Mühlentor 15A, 14793 Ziesar	
3.3	Stadt Brandenburg an der Havel, Klosterstraße 14, 14770 Brandenburg a.d.H.	
3.4	Stadt Genthin, Marktplatz 3, 39307 Genthin	

2. Behörden / TöB, die eine Stellungnahme ohne Hinweise und Anregungen abgegeben haben

TöB-Nr.	Behörde / TöB	Schreiben vom
1.7	Landesamt für Bauen und Verkehr, Grubener Straße 24, 03046 Cottbus	13.06.2022
1.12	Landesvermessung und Geoinformation Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 103 14473 Potsdam	24.05.2022
2.1.4	GDMcom mbH Maximilianallee 4, 04129 Leipzig	24.05.2022
2.1.6	Wasserversorgungsverband „Hoher Fläming“, Gregor-von-Brück-Rind 20, 14822 Brück	30.05.2022
2.1.7	50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin	23.05.2022
2.1.9	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, Upstallstraße 25, 14772 Brandenburg a.H.	23.05.2022
2.3.1	Zentraldienst der Polizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Hauptallee 116/8, 15806 Zossen, OT Wünsdorf	12.10.2022
2.3.2	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn	07.06.2022

3. Behörden / TöB, die eine Stellungnahme mit Hinweisen und Anregungen abgegeben haben

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.1	Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) Lindenstraße 34a 14467 Potsdam 23.08.2021	Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 bzw. 13 des Landesplanungsvertrages: Es ist derzeit kein Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung zu erkennen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		Mit der vorliegenden Planung soll ein Solarpark in einem sonstigen Sondergebiet „Energiegewinnung auf Basis solarer Strahlungsenergie“ errichtet werden. Die Festlegungskarte des LEP HR enthält für den Geltungsbereich keine flächenbezogenen Festlegungen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis.
		Hinweis: Wir verweisen jedoch auf den Grundsatz G 6.1 Abs. 2 LEP HR, wonach der landwirtschaftlichen Bodennutzung bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen ist. In der Abwägung ist dies hinreichend darzulegen.	Der Hinweis wird bereits in der Begründung sowie im Umweltbericht berücksichtigt.
		Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming erarbeitet derzeit den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0, der u.a. Festlegungen zur landwirtschaftlichen Bodennutzung in Form von Vorranggebieten Landwirtschaft treffen soll. Diesbezüglich empfehlen wir eine Abstimmung mit der Regionalen Planungsgemeinschaft.	Der Hinweis wird im Zuge der Abwägung 1.2 berücksichtigt.
		Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht - Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, GVBl. I S. 235 - Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 GVBl. II, Nr. 35	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.1	<p>Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) Lindenstraße 34a 14467 Potsdam</p> <p>23.08.2021</p>	<p>Bindungswirkung</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der RO anzupassen. Die Ziele der RO können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Hinweise</p> <ul style="list-style-type: none"> – Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt. – Wir bitten (zur Sicherung der Übermittlung trotz der Corona-bedingten Sondersituation), <ul style="list-style-type: none"> - Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur in digitaler Form durchzuführen; - bei Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 Abs. 4 Ziff. 1-3 BauGB oder die Einstellung von Verfahren (vgl. Artikel 20 des Landesplanungsvertrages) den Plan bzw. die Satzung und seine Bekanntmachung in digitaler Form als pdf-Datei per E-Mail zu übersenden (oder alternativ mit Download-Link, - keine CD/DVD -); - Beteiligungen bzw. Mitteilungen über die Bekanntmachung soweit möglich ergänzend als shape-Datei für eine Übernahme der für GL relevanten Geometrien von Bauleitplänen in unser Planungsinformationssystem (PLIS) zu übersenden; dabei sollte der verwendete Raumbezug angegeben werden (möglichst als EPSG-Schlüssel); alternativ wäre auch das .dxf-Format möglich; - dafür ausschließlich unser Referatspostfach zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de. – Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf. 	<p>Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis</p>

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.1	Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) Lindenstraße 34a 14467 Potsdam 24.05.2022	Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB Die Planungsabsicht ist an die Ziele der RO angepasst.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		<u>Zielermittlung/Erläuterungen</u> Mit dem vorliegenden Verfahren sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von PVA in einem sonstigen Sondergebiet mit der Zweckbestimmung SO „Photovoltaikanlagen“ geschaffen werden. Die Mitteilung der Ziele der RO haben Sie mit unserer Stellungnahme vom 23.08.2021 erhalten. Diese Stellungnahme behält weiterhin Gültigkeit. <u>RP H-F3.0</u> Der RP H-F3.0 (RP H-F 3.0) liegt nunmehr als raumkonkreter Entwurf vor. Die Trägerbeteiligung hat am 10.03.2022 begonnen. Die dort enthaltenen Zielfestlegungen sind damit als in Aufstellung befindliche Ziele bzw. sonstige Erfordernisse der RO anzusehen. In Aufstellung befindliche Ziele und Grundsätze der Raumplanung sind nach § 4 (1) ROG als sonstige Erfordernisse der RO in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.1	Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) Lindenstraße 34a 14467 Potsdam 24.05.2022	Im Süden des Plangebietes ist ein Bereich mit einer Flächengröße von etwa 10 ha in der Festlegungskarte des Entwurfs des RP H-F 3.0 als Vorranggebiet für die Landwirtschaft gemäß Z 2.4 RP H-F 3.0 dargestellt.	<p>Der Hinweis ist bereits bekannt.</p> <p>Die Umnutzung bisheriger Landwirtschaftsflächen zugunsten der Gewinnung erneuerbarer Energien sollte vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation betrachtet werden. Es wird auf die im Juli 2022 verabschiedete EEG-Novelle 2023 hingewiesen. Diese hebt die Ausbauziele für die Gewinnung erneuerbarer Energien deutlich an: Im Jahr 2030 sollen demnach 80 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen¹.</p> <p>Die Ziele der Politik und der gesetzlichen Grundlage sollten bei der Bereitstellung von Flächen für die Energiegewinnung berücksichtigt werden.</p> <p>Die Festsetzung von SO Photovoltaik werden häufig mit extensiven Grünland verbunden. Im vorliegenden Fall wird innerhalb des BPs im SO extensives Grünland festgesetzt. Grünland ist als ökologisch wertvoller Bestandteil einer multifunktionalen Agrarlandschaft zu betrachten. Als Dauergrünland gelten Wiesen, die mehr als fünf Jahre nicht als Acker genutzt wurden. Aufgrund dessen sind diese Bereiche als Flächen mit landwirtschaftlicher Relevanz zu begreifen².</p> <p>Somit ermöglicht die vorliegende Planung die landwirtschaftliche Nutzung sowie die Erzeugung erneuerbarer Energien. Gleichzeitig kann sich im Verlauf des Betriebs die Bodenqualität aufgrund der Bodenruhe durch Abwesenheit mechanischer Bodenbearbeitung, Düngemittel- und Pestizideinsatz verbessern.</p>
		Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung bestehen von Seiten der Landesplanung keine Anforderungen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

¹ Bundesrat Kompakt (2022): Ausgewählte Tagesordnungspunkte der 1023. Sitzung am 08.07.2022, Online: <https://www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/22/1023/1023-pk.html#top-51>

² Umwelt Bundesamt (2018): Daten zur Umwelt 2018: Umwelt und Landwirtschaft

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.1	Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) Lindenstraße 34a 14467 Potsdam 24.05.2022	<u>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</u> <ul style="list-style-type: none"> - Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, GVBl. I S. 235 - Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brbg (LEP HR) vom 29.04.2019 GVBl. II, Nr. 35 - Entwurf des RPs H-F3.0 vom 18.11.2021, im Internet aufrufbar unter https://Havelland-flaeming.de/RP/RP-3-0/ 	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		<u>Bindungswirkung</u> Gemäß § 1 (4) BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der RO anzupassen. Die Ziele der RO können i. R. d. Abwägung nicht überwunden werden. Die für die Planung relevanten Grundsätze der RO sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und i. R. d. Abwägung angemessen zu berücksichtigen. <u>Hinweise</u> Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt. Wir bitten (zur Sicherung der Übermittlung trotz der Corona-bedingten Sondersituation), – Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur in digitaler Form durchzuführen; – bei Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) Ziff. 1-3 BauGB oder die Einstellung von Verfahren (vgl. Artikel 20 des Landesplanungsvertrages) den Plan bzw. die Satzung und seine Bekanntmachung in digitaler Form als pdf-Datei per E-Mail zu übersenden (oder alternativ mit Download-Link, - keine CD/DVD -); – Beteiligungen bzw. Mitteilungen über die Bekanntmachung soweit möglich ergänzend als shape-Datei für eine Übernahme der für GL relevanten Geometrien von Bauleitplänen in unser Planungsinformationssystem (PLIS) zu übersenden; dabei sollte der verwendete Raumbezug angegeben werden (möglichst als EPSG-Schlüssel); alternativ wäre auch das .dxf-Format möglich; – dafür ausschließlich unser Referatspostfach zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-Brandenburg.de . Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: https://gl.berlin-Brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf .	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.2	RP Havelland-Fläming Oderstraße 65 14513 Teltow 01.06.2022	<p><u>1. Formale Hinweise</u></p> <p>Die RP H-F ist nach § 4 (2) des RegBkPIG vom 08. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. I Nr. 19), Trägerin der Regionalplanung in der Region HF. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des RPs als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.</p> <p>Der RP H-F 2020 ist auf Grund der Urteile des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brbg vom 05. Juli 2018 unwirksam geworden.</p> <p>Auf Grund des § 2c (1) Satz 1 des RegBkPIG hat die Regionalversammlung HF am 27. Juni 2019 die Aufstellung des RP H-F 3.0 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss und das Planungskonzept zur Steuerung der Windenergienutzung wurden im Amtsblatt für Brbg Nummer 28 vom 24. Juli 2019 bekannt gemacht.</p> <p>In der 6. öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung am 18. November 2021 wurde der Entwurf des RP HF 3.0 vom 05. Oktober 2021 bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt. Die Regionalversammlung hat zudem beschlossen, für den Entwurf des RP das Beteiligungsverfahren sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 (2) ROG i. V. m. § 2 (3) RegBkPIG durchzuführen. Diese Verfahren wurden mit der Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 09. Juni 2022 und sich anschließender Auswertung eingeleitet. In Aufstellung befindliche Ziele und Grundsätze der Regionalplanung sind nach § 4 (1) ROG als sonstige Erfordernisse der RO in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.</p> <p>Die Satzung über den Sachlichen Teil-RP H-F „Grundfunktionale Schwerpunkte“ wurde mit Bescheid vom 23. November 2020 von der GL Berlin-Brbg genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brbg Nr. 51 vom 23. Dezember 2020 trat der sachliche Teil-RP in Kraft.</p>	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis.
		<p><u>2. Regionalplanerische Belange</u></p> <p>I. R. d. o.g. Bauleitplanung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von PVA („Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung SO „Photovoltaikanlagen“) geschaffen werden.</p>	Sachverhaltsdarstellung

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.2	RP Havelland-Fläming Oderstraße 65 14513 Teltow 01.06.2022	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich gemäß der Festlegungskarte des o.g. RP-Entwurfs das Plangebiet im nördlichen und geringfügig im westlichen Bereich mit dem landesplanerischen Freiraumverbund nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brbg (LEP HR) überschneidet. Der landesplanerische Freiraumverbund nach Ziel 6.2 des LEP HR wird in der Festlegungskarte des RPs maßstabsgerecht räumlich konkretisiert dargestellt. Der Freiraumverbund ist nach Ziel 6.2 ein Raumordnungsgebiet, das die funktional hochwertigen Teile des im gesamten Planungsraum vorhandenen Freiraums umfasst und untereinander vernetzt. Gem. Ziel 6.2 LEP HR ist der Freiraumverbund räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktion des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen.</p> <p>Ein möglicher Widerspruch zum Ziel 6.2 des LEP HR ist durch die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brbg (GL) zu prüfen.</p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Die bisher vorliegenden Grenzen des Freiraumverbunds sind nicht räumlich konkretisiert. Die Grenzen werden geprüft und in die Grünflächen des BP integriert.</p> <p>Die Gemeinsame Landesplanung (TöB Nr. 1.1) wurde beteiligt. Hinweise bezüglich des Ziels 6.2 LEP HR (Freiraumverbund) wurden nicht gegeben, weshalb davon ausgegangen wird, dass kein Widerspruch vorliegt.</p>

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.2	RP Havelland-Fläming Oderstraße 65 14513 Teltow 01.06.2022	<p>Darüber hinaus liegen gern. der Festlegungskarte des o.g. RP-Entwurfs im östlichen Bereich des Plangebietes teilweise Überschneidungen mit einem „Vorranggebiet für die Landwirtschaft“ vor. Gemäß § 4 (1) ROG ist diese Festlegung als sonstiges Erfordernis der RO in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.</p> <p>Gemäß § 7 (3) ROG handelt es sich bei Vorranggebieten um Gebiete, die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen und Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzung nicht vereinbar sind.</p> <p>Gem. Ziel 2.1 (1) des o.g. RP-Entwurfs hat in den Vorranggebieten für Landwirtschaft die landwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne der guten fachlichen Praxis (§ 17 Bundes-Bodenschutzgesetz) Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungen.</p> <p>Die Funktionen Landwirtschaft und PVA schließen sich unter bestimmten Bedingungen nicht grundsätzlich aus. So können spezifische Anlagenkonstruktionen weiterhin landwirtschaftliche Nutzungen ermöglichen. Gem. Ziel 2.1 (2) des o.g. RP-Entwurfs sind Ausnahmen von Abs. 1 möglich, wenn das Vorhaben die landwirtschaftliche Bodennutzung und die Energiegewinnung mittels einer Solaranlage auf derselben Landfläche kombiniert (sogenannte Agri-Photovoltaik). Unter einer Aufständigung der Solarmodule von mindestens 2,10 Meter Höhe oder zwischen bodennahen Modulen muss landwirtschaftliche Bewirtschaftung möglich sein. Der landwirtschaftliche Flächenverlust durch die Solaranlage darf nicht mehr als 10% für hoch aufgeständerte bzw. 15 % für bodennahe Solarmodule betragen.</p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Die Umnutzung bisheriger Landwirtschaftsflächen zugunsten der Gewinnung erneuerbarer Energien sollte vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation betrachtet werden. Es wird auf die im Juli 2022 verabschiedete EEG-Novelle 2023 hingewiesen. Diese hebt die Ausbauziele für die Gewinnung erneuerbarer Energien deutlich an: Im Jahr 2030 sollen dem-nach 80 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen³.</p> <p>Die Ziele der Politik und der gesetzlichen Grundlage sollten bei der Bereitstellung von Flächen für die Energiegewinnung berücksichtigt werden.</p> <p>Die Festsetzung von SO Photovoltaik werden häufig mit extensiven Grünland verbunden. Im vorliegenden Fall wird innerhalb des BPs im SO extensives Grünland festgesetzt. Grünland ist als ökologisch wertvoller Bestandteil einer multifunktionalen Agrarlandschaft zu betrachten. Als Dauergrünland gelten Wiesen, die mehr als fünf Jahre nicht als Acker genutzt wurden. Aufgrund dessen sind diese Bereiche als Flächen mit landwirtschaftlicher Relevanz zu begreifen⁴.</p> <p>Somit ermöglicht die vorliegende Planung die landwirtschaftliche Nutzung sowie die Erzeugung erneuerbarer Energien. Gleichzeitig kann sich im Verlauf des Betriebs die Bodenqualität aufgrund der Bodenruhe durch Abwesenheit mechanischer Bodenbearbeitung, Düngemittel- und Pestizideinsatz verbessern.</p>
		Die in Aufstellung befindlichen Ziele der Regionalplanung sind gem. § 4 (1) ROG als sonstige Erfordernisse der RO in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

³ Bundesrat Kompakt (2022): Ausgewählte Tagesordnungspunkte der 1023. Sitzung am 08.07.2022, Online: <https://www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/22/1023/1023-pk.html#top-51>

⁴ Umwelt Bundesamt (2018): Daten zur Umwelt 2018: Umwelt und Landwirtschaft

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig	<u>Fachdienst Umwelt</u> <u>Untere Wasserbehörde</u> Es ergeben sich keine Anregungen, Hinweise oder Einwendungen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
	29.06.2022	<u>Untere Abfallwirtschaftsbehörde</u> Abfallrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des BPs "Solarpark Köpernitz Süd-West" gegenwärtig nicht entgegen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		<p>Weitergehende Hinweise</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Abfälle, die im Rahmen von Baumaßnahmen anfallen, sind gemäß §§ 7 ff. KrWG getrennt zu halten und einer stofflichen oder energetischen Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Auch anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist Abfall im Sinne dieses Gesetzes und zu entsorgen. Anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist vor der Entsorgung auf Schadstoffe zu untersuchen. Die Probenahme und Analytik hat nach den Vorgaben der PN 98 i. V. m. der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, Mitteilung 20 (LAGA M 20 – Anforderungen an die stoffliche Verwertung mineralischer Abfälle) zu erfolgen. Die gesetzliche Pflicht zur Abfalltrennung entsprechend § 9 KrWG gebietet einen qualifizierten und kontrollierten Umgang mit Abfällen. Eine Vermischung unterschiedlicher Abfallarten ist unzulässig. Baustellen sind daher so einzurichten, dass u. a. nicht verwendete Baustoffe, Bauschutt, Bodenaushub, Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz sowie Papier und Pappe getrennt erfasst werden. Zur Erfüllung der Getrennthaltungspflicht sind in ausreichendem Maße Sammelbehälter bereitzuhalten. 2. Nicht verwertbare Abfälle sind gemäß § 15 KrWG gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Für die Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) sind ausschließlich dafür zugelassene und geeignete Unternehmen heranzuziehen. Die Verantwortung obliegt dem Bauherrn. Entsorgungsbelege wie Rechnungen, Wiegescheine, Übernahmescheine, etc. sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen. 3. Sollte ein Einbau aufbereiteter mineralischer Abfälle (z. B. Recyclingmaterial - RC) vorgesehen sein, setzen Sie sich bitte umgehend mit dem FD 46 des LK PM in Verbindung. Bei Konkretisierung geplanter Bau-/Abbruchmaßnahmen ist die Untere Abfallwirtschaftsbehörde erneut zu beteiligen.. 	Die Hinweise werden bereits in der Begründung berücksichtigt.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	<u>Untere Bodenschutzbehörde</u> Die Untere Bodenschutzbehörde hat keine Einwendungen gegen den Vorentwurf des BP „Solarpark Köpernitz Süd-West“.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		<p><i>Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts:</i></p> <p>In den vorliegenden Unterlagen wurden die Belange des Schutzgutes Bodens nicht ausreichend dargestellt. Nach § 1 BBodSchG sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren und es ist Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Schädliche Bodenveränderungen sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen (§ 2, (3) BBodSchG).</p> <p>Eine Schädigung des Bodens ist bei der geplanten Nutzung insbesondere bei der Errichtung/Rückbau der Anlage zu erwarten. Durch Baumaschinen kommt es zu einer Verdichtung des Bodens (oft auch im Umfeld der eigentlichen Baumaßnahmen) und damit zu einer Minderung der Wasseraufnahmekapazität von Böden, dies wiederum führt zu einer Beeinträchtigung der natürlichen Bodenfunktionen (§ 2 (2) Nr. 1 BBodSchG).</p> <p>Im Land Brbg wurde mit Erlass des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vom 30.04.2019 die „Checklisten zur Berücksichtigung des Schutzguts Boden in Planungs- und Zulassungsverfahren“ der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) eingeführt, in denen die Anforderungen zum Schutzgut Boden bei der Prüfung von Planungs- und Zulassungsverfahren aufgeführt sind. Diese Unterlagen sind bei der Erstellung des Umweltberichtes zu berücksichtigen.</p>	<p>Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Die Eingriffe in das Schutzgut Boden werden im Umweltbericht betrachtet. Dieser wird zum Entwurf vorgelegt.</p>
		<p><i>Hinweise für Überwachungsmaßnahmen:</i></p> <p>Auf Grund der Größe der betreffenden Fläche (ca. 128 ha) ist für das Bauvorhaben im Rahmen einer Bodenkundlichen Baubegleitung (BBB) ein Bodenschutzkonzept zu erstellen und dessen Realisierung während des Bauprozesses durch Personen, die über nachgewiesene Fachkenntnisse zum Bodenschutz verfügen, umzusetzen. Die Bodenkundliche Baubegleitung richtet sich nach DIN 19639.</p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Das Schutzgut Boden wird im Rahmen des UB und der EAB umfänglich betrachtet und entsprechende Maßnahmen festgesetzt und fachgerecht umgesetzt.</p> <p>Eine Bodenkundliche Baubegleitung wird im Zuge der Bauausführung stattfinden.</p>
		<p><i>Altlasten</i></p> <p>Die Flurstücke im Verfahrensgebiet sind nicht im Altlastenkataster des LK PM registriert.</p>	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	<p><u>Untere Naturschutzbehörde</u></p> <p>Die Untere Naturschutzbehörde hat folgende Einwendung und rechtserhebliche Hinweise:</p> <p>Einwendungen:</p> <p><u>Überlagerung eines Natura 2000-Gebietes</u></p> <p>Mit dem Vorentwurf des BPs „Solarpark Köpernitz Süd-West“ der Stadt Ziesar, OT Köpernitz (im Folgenden: B-Plan) werden Teile des Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung „Buckauoberlauf und Nebenflüsse“ (EU-Nr.: DE 3740-305), einem Fauna-Flora-Habitat-Gebiet (im Folgenden: FFH-Gebiet) innerhalb des Netzes „Natura 2000“ überlagert; §§ 31 ff BNatSchG.</p> <p>Zu beachten ist in diesem Zusammenhang die Bekanntmachung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vom 1. Februar 2019 „Fauna-Flora-Habitat-Gebiete im Land Brbg“ (https://bravors.brandenburg.de/br2/sixcms/media.php/76/Amtsblatt%206_19.pdf), mit der die Bekanntmachung über die FFH-Gebiete im Land Brbg – vom Land vorgeschlagene Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß Richtlinie 92/43/EWG (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, FFH-Richtlinie, FFH-RL) vom 25. Januar 2002 (ABl. S. 278) und die Bekanntmachung der von der Landesregierung gemeldeten Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiete) im Land Brbg vom 15. August 2005 (ABl. S. 998) mit Wirkung vom 1. Januar 2019 aufgehoben wurde.</p> <p>Die Bekanntmachung der FFH-Gebiete mit den jeweiligen Grenzen und Erhaltungszielen ist nunmehr durch Naturschutzgebiets- oder Erhaltungszielverordnungen erfolgt – im Falle des FFH-Gebietes „Buckauoberlauf und Nebenflüsse“ durch die 21. ErhZV (https://bravors.Brbg.de/verordnungen/21_erhzv) i. V. m. § 14 (3) BbgNatSchAG. Maßgeblich für dessen Grenzverlauf ist gemäß § 3 (1) Satz 4 21. ErhZV die Einzeichnung in den in Anlage 5 Nummer 2 aufgeführten topografischen Karten (siehe hier: https://mluk.brandenburg.de/n/21ErhZV/21ErhZV-Blatt-05.pdf).</p> <p><u>Natura 2000-Gebiete sind im B-Plan nachrichtlich darzustellen; § 9 Abs. 6 BauGB. Die Rechtsgrundlage und Grenzdarstellung des FFH-Gebietes sind im B-Plan zu korrigieren.</u></p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Bei der Erstellung des Bebauungsplans wurden die digitalen Daten des Landesamts für Umwelt aus dem Jahr 2020 verwendet und berücksichtigt. Die Stellungnahme stimmt nicht mit den dort festgelegten Grenzen überein. Die in der Stellungnahme genannte Grenze liegt nur analog und großmaßstäblich vor. Sie ist somit nicht in die Plangrundlage übertragbar.</p> <p>Es erfolgte Nachfrage bezüglich der Abweichungen sowie die Anforderung gegebenenfalls notwendiger digitaler Daten mit E-Mail vom 18.07.2022. Am 25.07.2022 wurden die aktuellen Grenzen zur Verfügung gestellt. Die aktuelle Grenze wird in den Plan übernommen. Der Geltungsbereich des BP (Vorentwurf) überlagert das FFH-Gebiet zum Teil. Innerhalb des Entwurfs wird das Sondergebiet an die FFH-Grenze angepasst und Grünflächen als Abstandsflächen festgesetzt.</p>

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	<p>Mit dem B-Plan wird im Überlagerungsbereich mit dem FFH-Gebiet ein Sonstiges Sondergebiet dargestellt und festgesetzt, das die planungsrechtliche Zulässigkeit der großflächigen Errichtung von baulichen Anlagen vorbereitet.</p> <p>Alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen können, sind gemäß § 33 (1) BNatSchG unzulässig. Pläne (und Projekte) sind nach Art. 6 (3) der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen gemäß § 36 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG i. V. m. § 34 (1) BNatSchG vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000-Gebiets zu überprüfen, wenn sie einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen geeignet sind, das Gebiet erheblich zu beeinträchtigen. Das kann sowohl innerhalb als auch – unter Beachtung aller Wirkungszusammenhänge – außerhalb des Gebietes der Fall sein.</p> <p>Im Rahmen einer Vorprüfung ist festzustellen, ob eine Verträglichkeitsprüfung für den B-Plan erforderlich ist. Dabei kommt es im Sinne einer Vorabschätzung darauf an, ob er geeignet ist, das Natura 2000-Gebiet erheblich beeinträchtigen zu können. Die Vorprüfung beschränkt sich dabei auf die Frage, ob nach Lage der Dinge ernsthaft die Besorgnis nachteiliger Auswirkungen besteht. Der notwendige Grad der Wahrscheinlichkeit ist erreicht, wenn anhand objektiver Umstände nicht ausgeschlossen werden kann, dass ein Projekt beziehungsweise Plan das fragliche Gebiet erheblich beeinträchtigt. Als Maßstab für die Prüfung sind gemäß § 34 (1) Satz 1 BNatSchG die Erhaltungsziele des jeweiligen Natura 2000-Gebietes, die ökologischen Erfordernisse für einen günstigen Erhaltungszustand der natürlichen Lebensraumtypen nach Anhang I sowie die ökologischen Erfordernisse für einen günstigen Erhaltungszustand von Tier- und Pflanzenarten nach Anhang II der Richtlinie 92/43/EWG entsprechend der Anlagen 3 und 4 der 21. ErhZV (https://bravors.Brbg.de/sixcms/media.php/68/GVBI_II_41_2018-Anlage-3.pdf, https://bravors.Brbg.de/sixcms/media.php/68/GVBI_II_41_2018-Anlage-4.pdf) bestimmend. Grundsätzlich gilt i. R. d. Vorprüfung ein strenger Vorsorgegrundsatz. Bereits die Möglichkeit einer erheblichen Beeinträchtigung löst die Pflicht zur Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung aus. Nur wenn erhebliche Beeinträchtigungen eines Natura 2000-Gebietes objektiv von vornherein ausgeschlossen sind, erübrigt sich eine Verträglichkeitsprüfung.</p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Das SO Photovoltaik wird zurückgenommen und mit einem Abstand zum FFH-Gebiet festgesetzt. Eine FFH-Vorprüfung ist demnach nicht notwendig.</p>

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	Das Recht zum Schutz des Netzes „Natura 2000“ ist als europäisches Gemeinschafts-, Bundes- und Landesrecht höherrangig und kann von der Gemeinde nicht im Wege der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB überwunden werden. Ein Konflikt eines Bauleitplans mit einem Natura 2000-Gebiet ist deshalb zwingend auf der Plan-Ebene zu lösen. Für diese Prüfung ist die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zur Anwendung der §§ 32 bis 36 des Bundesnaturschutzgesetzes in Brbg (https://bravors.Brbg.de/verwaltungsvorschriften/natura_2000_2019) zu beachten. Die Entscheidung ergeht im Einvernehmen mit dem LK PM als zuständiger Naturschutzbehörde; § 16 (2) Satz 2 BbgNatSchAG i. V. m. § 16 (1) Satz 2 bis 4 BbgNatSchAG.	Der Hinweis wird berücksichtigt. Das SO Photovoltaik wird zurückgenommen und liegt somit nicht mehr im FFH-Gebiet.
		Die Vorprüfung ist dem Fachdienst 41 Öffentliches Recht/Kommunalaufsicht/Denkmalschutz als untere Naturschutzbehörde mit der Bitte um das Einvernehmen vorzulegen.	Der Hinweis wird berücksichtigt. Das SO Photovoltaik wird zurückgenommen und liegt somit nicht mehr im FFH-Gebiet.
		Rechtserhebliche Hinweise 1) <i>Handlungsempfehlung des MLUK</i> Die Vorläufige Handlungsempfehlung des MLUK zur Unterstützung kommunaler Entscheidungen für großflächige Photovoltaik-Freiflächensolaranlagen (PV-FFA) (https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/MLUK-Handlungsempfehlung-PV-FFA.pdf) ist zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme
		2) <i>EKIS-Eintrag</i> Für das Flurstück 33 der Flur 4 in der Gemarkung Köpernitz ist im Geoinformationssystem des LK PM der Hinweis auf eine Kompensationsmaßnahme aufgrund eines Zulassungsbescheides des Landesamtes für Umwelt (im Folgenden: LfU) hinterlegt: Aktenzeichen der Zulassungsbehörde: 049.00.00/02/C Vorhabenbezeichnung: Änderung WP Dretzen 10 WKA Art der Kompensation: Realkompensation Bezeichnung der Kompensation: Sukzessionsfläche 3 ha Object-ID: 15094 Nähere Informationen sind beim LfU zu erfragen.	Der Hinweis wird berücksichtigt, indem die Kompensationsmaßnahme in die Planung übernommen wird.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	<p>3) <i>PM-Kompensationskataster-Eintrag</i></p> <p>Für das Flurstück 13 der Flur 3 und das Flurstück 36 der Flur 4 in der Gemarkung Köpernitz ist im Geoinformationssystem des LK PM der Hinweis auf eine Kompensationsmaßnahme aufgrund eines Zulassungsbescheides des LK PM als untere Naturschutzbehörde hinterlegt:</p> <p>Kompensationspflichtiger: Landesbetrieb Straßenwesen</p> <p>Vorhabenbezeichnung: B 107 OD Ziesar West</p> <p>Art der Kompensation: Pflanzung von Laubbäumen (ca. 30 von insgesamt 314)</p> <p>Aktenzeichen der Zulassungsbehörde: 37SE606960107</p> <p>Nähere Informationen sind bei Landesbetrieb Straßenwesen zu erfragen.</p>	Der Hinweis wird berücksichtigt, indem die Kompensationsmaßnahme in die Planung übernommen wird.
		<p>4) <i>Besonderer Artenschutz</i></p> <p>Es ist sicherzustellen, dass nicht infolge von Handlungen aufgrund des BP einschließlich der Durchführung bauvorbereitender Maßnahmen artenschutzrechtliche Verbote gemäß § 44 (1) BNatSchG verletzt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Aus der Vollzugspraxis erscheint es erforderlich, einen entsprechenden Hinweis auf der B-Plankarte abzudrucken, weil Baugrundstücke häufig noch vor Bauantragstellung i. R. d. Bauvorbereitung von Strukturen befreit werden, die artenschutzrelevant sind. – Es ist sinnvoll, wenn bereits auf der Planebene ein konkretes fachliches Konzept zur Vermeidung, Verminderung und Kompensation von artenschutzrechtlichen Verbotsverletzungen erarbeitet wird, damit es für die Vorhabengenehmigungsebene vorliegt und Genehmigungsverfahren nicht verzögert werden. Es ist außerdem erforderlich, die Verantwortlichkeiten für die einzelnen artenschutzrechtlichen Prüf- und Umsetzungsschritte zu bestimmen und gegebenenfalls vertraglich zu fixieren. 	<p>Ein entsprechender Hinweis wurde bereits auf dem Plan vermerkt.</p> <p>Die Themen werden im Rahmen des Umweltberichts, des Artenschutzfachbeitrags und der Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung bearbeitet. Diese werden zum Entwurf vorgelegt.</p>

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	<p>5) Baumschutz</p> <p>Sofern die Durchführung des B-Plans zur Beseitigung von Bäumen und Feldgehölzen führen kann, die aktuell gemäß § 2 (2) GehölzSchVO PM geschützt sind, ist gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 a) BauGB die Kompensation bereits auf der Ebene abschließend zu regeln, weil die GehölzSchVO PM im Geltungsbereich von Bebauungsplänen gemäß § 1 (1) GehölzSchVO PM keine Anwendung mehr findet.</p> <p>Dafür eignet sich eine Festsetzung gemäß § 9 (1) Nr. 25 BauGB, die sich am Ersatzmaßstab des § 8 (1) GehölzSchVO PM orientieren kann.</p> <p>Die Ausgleichsverpflichtungen können auch durch eine vertragliche Regelung über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages oder innerhalb von regionalen Flächenpools abgelöst werden, die von der</p> <ul style="list-style-type: none"> – Flächenagentur Brbg GmbH (https://www.flaechenagentur.de/), – Brbgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH (https://bbgimmo.de/) oder dem – Naturparkverein Hoher Fläming e.V. (https://www.naturparkverein.de/) <p>verwaltet werden. Für den Fall, dass Ersatzpflanzungen außerhalb des BPs ausgeführt werden sollen, sind sie jedenfalls in geeigneter Weise rechtlich zu sichern, insbesondere wenn die dafür genutzten Flächen nicht im öffentlichen Eigentum stehen.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Beseitigung von Gehölzen und deren Ersatz wird im Rahmen der Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung betrachtet.</p>
		<p>6) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung</p> <p>In den Betrachtungen zur Eingriffsrelevanz von Vorhabenwirkungen sind Bodenbeeinträchtigungen infolge flächiger Verschattung und Bodenaustrocknung unter den Solarmodulen ebenso zu thematisieren wie Bodenvernässung und Bodenerosion im Bereich der Modultraufen. Diese Vorhabenwirkungen können die Fassung und flächige Versickerung des Niederschlagswassers, die Begrenzung der Modulängen und die Vergrößerung der Modulreihen-Abstände angezeigt erscheinen lassen – insbesondere dann, wenn der Anteil der die Horizontale überdeckenden Modulfläche 50% der Gesamtfläche der Anlage übersteigt.</p> <p>Die Ausgleichsverpflichtungen können durch vertragliche Regelungen über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in regionalen zertifizierten Flächenpools abgelöst werden (siehe oben unter 5).</p>	<p>Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Die Eingriffe in das Schutzgut Boden werden im Rahmen des Umweltberichts und der Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung betrachtet. Diese werden zum Entwurf vorliegen.</p>

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	7) Einfriedung Es sollten Festsetzungen zur Bauart und Transparenz der Einfriedung gemacht werden, um sicherzustellen, dass das Landschaftsbild so gering wie möglich beeinträchtigt wird. Versicherer halten Einfriedungen von 2 m Höhe für ausreichend. Die Verwendung von Stacheldraht ist aus Tierschutzgründen auszuschließen. Um die Barrierewirkung der Einfriedung für Kleintiere zu mindern und die Funktionsfähigkeit des Biotopverbundes zu gewährleisten, soll die Einfriedungs-Unterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberkante liegen oder die Einfriedung im bodennahen Bereich entsprechend große Maschenweiten haben. Zusätzlich sollte die Einfriedung ca. alle 30 m durch 30 cm hohe und breite Durchlässe für mittelgroße Säugetiere unterbrochen sein.	Der Hinweis wird berücksichtigt, indem die Textfestsetzungen entsprechend angepasst werden.
		8) Rückbauverpflichtung Es sollte wirksam sichergestellt werden, dass die Gesamtanlage nach Nutzungsaufgabe vollständig zurückgebaut wird und eine erneute landwirtschaftliche Nutzung der Fläche gewährleistet ist.	Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Die Rückbauverpflichtung wird innerhalb des städtebaulichen Vertrags geregelt, welcher zur Satzung des BP vorliegen wird.
		Fundstellen der zitierten Rechtsvorschriften: – BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. April 2022 (BGBl. I S. 674) geändert worden ist – BbgNatSchAG: Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3]), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl.I/20, [Nr. 28]) – BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist – Einundzwanzigste Verordnung zur Festsetzung von Erhaltungszielen und Gebietsabgrenzungen für Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (21. Erhaltungszielverordnung - 21. ErhZV) vom 18. Juni 2018 (GVBl.II/18, [Nr. 41]) – GehölzSchVO PM: Verordnung des LK PM zum Schutz der Bäume und Feldgehölze als geschützte Landschaftsbestandteile vom 29.09.2011 (Amtsblatt PM 11/2011) – Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen vom 21.05.1992, Abl. Nr. L 206, S. 7 Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft zur Anwendung der §§ 32 bis 36 des Bundesnaturschutzgesetzes in Brbg vom 17. September 2019 (ABl./19, [Nr. 43], S.1149)	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	<u>Fachdienst Landwirtschaft</u> Die Stadtverordneten der Stadt Ziesar haben in ihrer Versammlung am 23.03.2021 den Beschluss zur Aufstellung des BPs „Solarpark Köpernitz Süd-West“ und zur 5. Änderung des FNP im Parallelverfahren gefasst. Das betreffende Gebiet befindet sich im Ortsteil Köpernitz der Stadt Ziesar. Die Planung sieht die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen vor. Der Geltungsbereich umfasst eine Größe von ca. 128 ha.	Sachverhaltsdarstellung
		Die für das Planvorhaben vorgesehenen Flächen werden derzeit, laut Feldblockkataster des LK PM, durch die Agrargenossenschaft Buckau e.G. & Erika Vieweg genutzt. Die Agrargenossenschaft Buckau e.G. bewirtschaftet insgesamt 1.440,24 ha LN, die sich aus 945,43 ha Ackerland & 494,81 ha Grünland zusammensetzt. Im Tierbestand befinden sich 145 Kälber, 68 Jungrinder, 60 Rinder sowie 304 Mutterkühe. Frau Vieweg bewirtschaftet insgesamt eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 67,32 ha Ackerland (Angaben aus der Agrarförderung 2022). Durch den Entzug der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird die existenzielle Grundlage beider Landwirtschaftsunternehmen nicht gefährdet.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		Der Fachdienst Landwirtschaft weist darauf hin, dass die Umsetzung des Planvorhabens mit den genannten Bewirtschaftern im Einvernehmen erfolgen soll, sodass die landwirtschaftlichen Belange daran angepasst werden können.	Der Hinweis wird berücksichtigt.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	<p>Das Amt für Landwirtschaft des LK PM weist darauf hin, dass jeder Entzug von landwirtschaftlich genutzter Fläche nicht mehr für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und somit nicht für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung steht. Die notwendige Ausweitung der solaren Kapazitäten sollte vorrangig auf Flächen mit einem hohen Versiegelungsgrad, auf Dächern, ehemaligen Militärstützpunkten oder Siedlungs- und Konversionsflächen erfolgen und Acker oder Grünland nur im Ausnahmefall in Anspruch nehmen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der vorgenannten Hinweise und unter dem Aspekt der Energiegewinnung liegen vom Fachdienst Landwirtschaft keine Bedenken gegenüber dem o.g. Planvorhaben vor.</p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Die aktuellen klimapolitischen Zielstellungen können auf Dächern, Gebäuden etc. in den angestrebten Zeiträumen nicht erreicht werden. Es ist keine Konversionsfläche in vergleichbarer Größenordnung vorhanden. Es handelt sich beim Plangebiet zudem um eine Fläche mit lediglich mäßigem Ertragspotenzial.</p> <p>Die Umnutzung bisheriger Landwirtschaftsflächen zugunsten der Gewinnung erneuerbarer Energien sollte vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation betrachtet werden. Es wird auf die im Juli 2022 verabschiedete EEG-Novelle 2023 hingewiesen. Diese hebt die Ausbauziele für die Gewinnung erneuerbarer Energien deutlich an: Im Jahr 2030 sollen demnach 80 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen.</p> <p>Die Ziele der Politik und der gesetzlichen Grundlage sollten bei der Bereitstellung von Flächen für die Energiegewinnung berücksichtigt werden.</p> <p>Die Festsetzung von SO Photovoltaik werden häufig mit extensiven Grünland verbunden. Im vorliegenden Fall wird innerhalb des BPs im SO extensives Grünland festgesetzt. Grünland ist als ökologisch wertvoller Bestandteil einer multifunktionalen Agrarlandschaft zu betrachten. Als Dauergrünland gelten Wiesen, die mehr als fünf Jahre nicht als Acker genutzt wurden. Aufgrund dessen sind diese Bereiche als Flächen mit landwirtschaftlicher Relevanz zu begreifen.</p> <p>Somit ermöglicht die vorliegende Planung die landwirtschaftliche Nutzung sowie die Erzeugung erneuerbarer Energien. Gleichzeitig kann sich im Verlauf des Betriebs die Bodenqualität aufgrund der Bodenruhe durch Abwesenheit mechanischer Bodenbearbeitung, Düngemittel- und Pestizideinsatz verbessern.</p>
		<p><u>Fachdienst Technische Bauaufsicht, Bereich Brandschutz</u></p> <p>Es ergeben sich keine Hinweise, Anregungen oder Einwendungen.</p>	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	<u>Fachdienst Gesundheit</u> Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 BBbgGDG vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Zur Abwehr akuter gesundheitlicher Schäden sowie gesundheitlicher Langzeitwirkungen werden dem entsprechend erforderliche Maßnahmen getroffen. Zum o.g. Vorhaben lagen die Begründung, Stand April 2022 inklusive der zeichnerischen Festsetzung vor. Planungsziel ist die Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen. Das Plangebiet liegt außerhalb von Trinkwasserschutzzonen. Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		<u>Fachdienst Kreisstraßenbetrieb</u> Das Vorhaben betrifft die Kreisstraße K 6944. Aus Sicht des FD Kreisstraßenbetrieb ergeben sich deshalb folgende Hinweise bzw. Einwendungen: Die Kreisstraße K 6944 führt mitten durch das B-Plan Gebiet. Aus diesem Grund ist eine potentielle Blendwirkung für die Verkehrsteilnehmer mittels Blendgutachten zu analysieren und gegebenenfalls durch geeignete Maßnahmen auszuschließen.	Der Hinweis wird berücksichtigt, ein Blendgutachten wird zum Entwurf vorgelegt.
		Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszonen (gemäß § 9 FStrG für Bundesstraßen) gibt es auch für Kreisstraßen, hier gilt § 24 ((1) und 2) des BbgStrG. Diese Zonen sind im B-Plan darzustellen und die Anbauverbotszonen sind entsprechend einzuhalten.	Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Die Anbauverbotszone von 20 m längs der Kreisstraße gem. § 24 (1) BbgStrG wurde bei der Planung bereits berücksichtigt. Die Anbaubeschränkungszone von 40 m längs der Kreisstraße wird berücksichtigt, indem die notwendige Zustimmung der Straßenbaubehörde eingeholt wird (siehe Auskunft des LK PM, Fachdienst Kreisstraßenbetrieb (TöB Nr. 1.3 vom 19.07.2022)). Dem Hinweis, die Zonen zeichnerisch im Plan darzustellen, wird gefolgt.
		Da es sich bei der Kreisstraße um eine öffentliche Straße handelt, wird hier kein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht eingetragen. Die Befahrung der Straße ist i. R. d. Widmung für den öffentlichen Verkehr gestattet. Die Planzeichnung ist dahingehend zu ändern.	Die Leitung scheint im Grünstreifen zu liegen, weshalb ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht als nötig erachtet wird.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	Kabel-/Leitungsverlegungen im Bereich der Kreisstraße sind beim Baulastträger zu beantragen und werden mittels Gestaltungs- bzw. Nutzungsvertrag geregelt. Für die Lage der Kabel/Leitungen gilt dabei: Querungen der Straße haben im rechten Winkel zur Fahrbahn zu erfolgen. Längsverlegungen von privaten Anlagen entlang der Straße (im 20 m Bereich) sind zu vermeiden.	Der Hinweis wird berücksichtigt, indem er in die Begründung übernommen wird.
		Für die verkehrliche Erschließung der Flächen, insbesondere auch für den Bauzeitraum der Anlagen, sind die beiden vorhandenen Wegezufahrten bei ca. km 0,220 (östliche Seite) und km 0,250 (westliche Seite) der Kreisstraße zu nutzen und entsprechend auszubauen. Weitere Zufahrten zur Kreisstraße werden nicht genehmigt und sind mittels Kennzeichnung im B-Plan auszuschließen.	Der Hinweis wird bei der Planung der Zufahrten berücksichtigt. Es ist geplant, die vorhandenen Zufahrten zu nutzen.
		Die technische Gestaltung der beiden Zufahrten ist mit dem FD Kreisstraßenbetrieb im Vorfeld abzustimmen. Dem. FD Kreisstraßenbetrieb sind dann rechtzeitig vor Baubeginn genaue Lagepläne im Maßstab mindestens 1:250 (mit Bemaßung und Stationierungsangaben der Kreisstraße) für die Zufahrten vorzulegen. Dazu sind außerdem Erläuterungen zum Deckenaufbau der Anbindungen einzureichen. Des Weiteren sind dem FD Kreisstraßenbetrieb Angaben über das zu erwartende Verkehrsaufkommen während und nach der Bauphase zu übermitteln. Hierzu sind außerdem Zeitangaben für die Bauphase notwendig. Die geplante Größe des Anschlussbereiches ist durch Schleppkurven der Transportfahrzeuge inklusive Ladung nachzuweisen. Die Zufahrten sind dabei so zu bemessen und zu befestigen, dass eine Beschädigung der Bankette auszuschließen ist.	Die Hinweise werden zum gegebenen Zeitpunkt berücksichtigt.
		Außerdem ist die Zuwegung so zu befestigen, dass eine Verschmutzung der Kreisstraße über das normale Maß hinaus durch ausfahrende Fahrzeuge nicht erfolgen kann. Erst nach Zustimmung des FD Kreisstraßenbetrieb zur technischen Gestaltung der Zufahrten darf mit deren Bau begonnen werden.	Der Hinweis ist Gegenstand des Bauantrags.
		Die vorhandenen Straßenbäume dürfen weder beschädigt noch beeinträchtigt werden.	Der Hinweis wird berücksichtigt, indem die Straßenbäume im Plan zum Erhalt festgesetzt werden.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig E-Mail vom 19.07.2022	Hinsichtlich Ihrer Nachfrage möchte ich Ihnen folgendes mitteilen: Die Anbauverbotszone (20 m Bereich) ist von jeglichen baulichen Anlagen frei zu halten. In der Anbaubeschränkungszone (40 m Bereich) wird seitens des FD Kreisstraßenbetrieb der Errichtung baulicher Anlagen, wie z.B. Einfriedungen oder auch Solaranlagen, zugestimmt. Sollte es allerdings irgendwann zu einer Verdichtung der Allee bzw. zum Nachpflanzen von Alleebäumen entlang der Kreisstraße kommen, so ergeben sich daraus keine Schadensersatzansprüche, z.B. wegen eventueller Verschattung der Solaranlagen. Beide Zonen sind im B-Plan darzustellen (siehe Bundesstraße).	Der Hinweis wird berücksichtigt, die Anbauverbotszone und die Anbaubeschränkungszone der Kreisstraße werden zeichnerisch im Plan dargestellt.
1.3	LK PM Postfach 1138 14801 Bad Belzig 29.06.2022	Fachdienst Öffentliches Recht / Kommunalaufsicht / Denkmalschutz, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde Belange des Baudenkmalschutzes sind nicht betroffen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im Plangebiet keine Bodendenkmale gem. §§ 1 und 2 Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG- GVBl Land Brbg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff. bekannt.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		Unabhängig davon können jederzeit bei mit Erdingriffen verbundenen Baumaßnahmen, wie sie auch im Untersuchungsraum geplant sind, Bodendenkmale z.B. in Form von Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Knochen, Stein- oder Metallgegenstände entdeckt werden. Diese sind unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 (1) u. 2 BbgDSchG). Der Fund und die Fundstelle sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen (§ 11 (3) BbgDSchG). Funde sind dem Brbgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 (4) und § 12 BbgDSchG).	Der Hinweis wurde bereits unter Pkt. 6.2 der Begründung berücksichtigt. Der bisherige Hinweis auf dem Plan wird ergänzt.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.6	Landesamt für Umwelt Postfach 60 10 61 14410 Potsdam 15.06.2022	Die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 1-5 U. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Naturschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		<u>Naturschutz</u> Die Stadt Ziesar plant in der Gemarkung Köpernitz in den Fluren 3 und 4 auf ca. 128 ha einen Solarpark südwestlich der Ortslage Köpernitz. Die Fläche ist derzeit landwirtschaftlich als Acker bzw. Grünland genutzt. Der Geltungsbereich wird wie folgt umgrenzt: Im Norden an Flurstücksgrenzen mit der Angrenzung an das FFH-Gebiet mit dem Geuenbach, im Osten an die B 107 und im Süden und Westen durch begrenzende Waldflächen. Das Vorhaben befindet sich im Naturpark Hoher Fläming.	Sachverhaltsdarstellung

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.6	Landesamt für Umwelt Postfach 60 10 61 14410 Potsdam 15.06.2022	1. Die Naturparkverwaltung Hoher Fläming hat gem. § 32 (1) BbgNatSchAG die Aufgabe, Maßnahmen für die Entwicklung und Pflege des Naturparks zu koordinieren und durchzuführen sowie ihn zu betreuen und die Einhaltung der jeweils geltenden Schutzbestimmungen zu überwachen. Für die pflege- und entwicklungsbedürftigen Bereiche des Naturparks wurde 2006 ein Pflege- und Entwicklungsplan (PEP) aufgestellt, der in Natura 2000-Gebieten die Funktion von Bewirtschaftungsplänen im Sinne von § 32 (5) des Bundesnaturschutzgesetzes übernimmt.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		<p>Innerhalb des PEP liegt die Vorhabenfläche im Planungsraum A „Ziesarer Vorfläming“. Leitbild für den Planungsraum A: „Die gebietsprägende Landnutzungsform dieses Planungsraumes ist die Landwirtschaft. Sie wird künftig als nachhaltige, naturverträgliche Landnutzungsform durchgeführt. Bei den sickerwasserbestimmten Sandböden des Planungsraumes ist dabei insbesondere auf die Schonung des Grundwassers und der Fließgewässer vor Stoffeinträgen zu achten. In die strukturalarmen Bereiche der Ackerflur werden Gliederungselemente eingebracht.“</p> <p>Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass im PEP für den von Ihrer Planung betroffene Biotop mit der Ident-Nr. 3739S0137 südlich des Geuenbaches als Feuchtweide kartiert wurde und als Entwicklungsziel „Typisch ausgebildetes Feuchtgrünland“ festgelegt wurde. Der Ident 3739S094 war als Intensivacker kartiert worden und als Entwicklungsziel „Ackerlandschaften mit ressourcenschonender Bewirtschaftung“ festgelegt.</p> <p>Formal ist der PEP ein naturschutzfachliches Gutachten. Sofern private Rechte berührt werden, können die Maßnahmen der Pflege- und Entwicklungsplanung nur im Rahmen geltenden Rechts und in der Regel nur auf freiwilliger Basis umgesetzt werden. Für öffentliche Verwaltungen und öffentliche Stellen, deren Planungen und Maßnahmen sich auf Natur und Landschaft des Naturparks auswirken können, besitzt der PEP Naturpark Hoher Fläming eine gewisse Verbindlichkeit. Diese Stellen müssen die Aussagen des PEP beachten, da die Pläne einen Abstimmungsprozess mit ihnen durchlaufen haben. Im Besonderen betrifft dies die untere Naturschutzbehörde, die Forstverwaltung, das Landwirtschaftsamt, die Wasserbehörde sowie den Wasser- und Bodenverband. Wenn Entscheidungen getroffen werden, die den Inhalten und Zielen dieses Plans entgegenstehen, müssen hierfür nachvollziehbare Gründe vorliegen. Laut der vorläufigen Handlungsempfehlung des MLUK zur Unterstützung kommunaler Entscheidungen für großflächige Photovoltaik-Freiflächensolaranlagen (PV-FFA) sind bei der einzelfallbezogenen Bewertung auch „solche Flächen zu berücksichtigen, auf denen eine Planung für Naturschutzprojekte, Pflege- und Entwicklungspläne liegen, da hier regelhaft keine verträgliche Solarnutzung erfolgen kann.“</p>	<p>Die Lage im Naturpark Hoher Fläming ist bekannt und wurde bereits in der Begründung vermerkt.</p> <p>Die Nutzung der bislang landwirtschaftlich genutzten Fläche für eine PV-Anlage und damit die Umwandlung eines Intensivackers in extensives Grünland entspricht dem Leitbild einer nachhaltigen, naturverträglichen Landnutzungsform. Das Grundwasser wird gegenüber landwirtschaftlicher Nutzung besser geschont und auch Stoffeinträge in die Fließgewässer werden reduziert.</p> <p>Feuchtweiden sind gem. § 32 BbgNatSchG bei der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geschützt. Das Biotop wird im Rahmen der Kartierung dahingehend überprüft.</p>

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.6	Landesamt für Umwelt Postfach 60 10 61 14410 Potsdam 15.06.2022	<p>2. FFH-Gebiet</p> <p>Die südliche Grenze des FFH-Gebietes Buckauoberlauf und Nebenflüsse ist nicht korrekt eingezeichnet. Teile des FFH-Gebietes liegen somit im Planungsgebiet. Die Grenze ist korrekt nachrichtlich zu übernehmen und aus dem Planvorhaben rauszulösen. Die Flächen stellen sich als Feuchtgrünland dar.</p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Bei der Erstellung des Bebauungsplans wurden die digitalen Daten des Landesamts für Umwelt aus dem Jahr 2020 verwendet und berücksichtigt.</p> <p>Das SO Photovoltaik wird zurückgenommen und liegt somit nicht mehr im FFH-Gebiet.</p>
		<p>3. Auswirkungen auf das Landschaftsbild</p> <p>Die negativen Auswirkungen des geplanten Solarparks auf das Landschaftsbild sind sehr erheblich. Das Landschaftsbild ist derzeit relativ intakt. Acker- und Grünlandflächen am Geuenbach prägen das Bild. Nur im Osten beeinträchtigt die z. T. dammgeschüttete B107 das Landschaftsbild. Es muss betont werden, dass durch die Summationswirkung der derzeit geplanten diversen Solarparks der Stadt Ziesar in den Gemarkungen Ziesar, Bücknitz, Buckau und Köpernitz, die relativ dicht neben einander liegen, das Landschaftsbild innerhalb des Naturparks sehr erheblich beeinträchtigt wird und der Charakter der landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft verloren gehen wird.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild mit dem Bau des Solarparks und der Ertüchtigung von Feldwegen durch Schotterung stattfinden.</p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Die aktuelle politische Situation und die Energiesituation sollten bei der Abwägung zwischen der Gewährleistung einer umweltverträglichen Energieversorgung und dem Schutz des Landschaftsbildes einbezogen werden. Dabei wird auch auf die im Juli 2022 verabschiedeten EEG-Novelle 2023 hingewiesen, die die Ausbauziele für erneuerbare Energien deutlich anhebt.</p> <p>Dennoch wird die Summationswirkung innerhalb des Umweltbereichs untersucht, indem die sonstigen geplanten Solarparks betrachtet werden.</p> <p>Zudem wird für die Wahrnehmbarkeit des Landschaftsbildes ein Aussichtspunkt entlang des Burgenwanderweges festgesetzt.</p>
		<p>Auf einem Feldweg, von Westen kommend, verläuft der Burgenwanderweg zwischen den Teilflächen 1 und 2 und biegt dann nach Norden ab und verläuft an der Waldkante in Richtung Norden neben der Teilfläche 2 auf über 900m durch das Plangebiet. Dieser Fernwanderweg zählt zu den 7 TOP-Rundwanderwegen innerhalb des gesamten Naturparks, die aufgrund ihrer landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten als qualitativ hochwertige Wanderwege eingestuft wurden. Sie sind deshalb mit einem eigenen Logo ausgestattet und werden mit zusätzlichen Marketingmaßnahmen der Reiseregion Fläming beworben. Der Wanderweg ist über ein vom LK PM gefördertes Projekt initiiert und umgesetzt worden. Zudem ist ein einer von zwei Wanderwegen im LK PM mit einem Zertifikat als ausgezeichnete Qualitätsweg Wanderbares Deutschland. Diese Qualitätseinstufung wird jedes zweite Jahr überprüft. Neben verschiedenen Aspekten wie der landschaftlichen Attraktivität spielt der Grad der Versiegelung, auch der Schotterung, bei der Punktevergabe eine entscheidende Rolle. Gerade der Wandertourismus wird durch geschotterte Wald- und Feldwege unattraktiver, da Wanderer unbefestigte Wege bzw. Pfade bevorzugen. Der geplante Solarpark kann somit die Zertifizierung zum Qualitätswanderweg beeinträchtigen, da sich der Erlebniswert hier immens verschlechtern wird.</p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Der Wanderweg bleibt mit der BP-Planung erhalten und wird in die Begründung übernommen. Es werden Festsetzungen zu unbefestigten Wegen getroffen. Zudem wird ein Aussichtspunkt entlang des Wanderwegs festgesetzt, um eine andere Perspektive einnehmen zu können. Mittels Informationstafeln wird Wissenswertes an die Touristen vermittelt.</p>

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.6	Landesamt für Umwelt Postfach 60 10 10 61 14410 Potsdam 15.06.2022	<u>Immissionsschutz</u> 1. Sachstand Antragsgegenstand ist der BP „Solarpark Köpernitz Süd-West“ des Ortsteils Köpernitz der Stadt Ziesar, Der Geltungsbereich des BPs umfasst Flächen in den Fluren 3 und 4 der Gemarkung Köpernitz. Der Geltungsbereich hat eine Größe von rund 128 ha. Das Aufstellungsverfahren erfolgt im Normalverfahren nach § 8 BauGB. Ziel der Aufstellung ist die Schaffung der rechtlichen Voraussetzung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen im Plangebiet. Zu diesem Zweck wird ein sonstiges Sondergebiete nach § 11 BauNV02 mit der Zweckbestimmung „Photovoltaikanlage“ ausgewiesen.	Sachverhaltsdarstellung
		2. Stellungnahme Rechtsgrundlage: Gemäß § 50 Satz 1 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm5 zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA LUV. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie ermittelt. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		Planumfeld Das Plangebiet wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Die nördliche Grenze des Plangebiets verläuft südlich des Geuenbachs und grenzt an weiterhin landwirtschaftlich genutzte Flächen. Im Osten begrenzt der Verlauf der B 107 das Plangebiet, im Anschluss an die Straße befinden sich Flächen für die Landwirtschaft. Landwirtschaftlich genutzte Flächen bilden auch die Grenzen nach Süden und teilweise auch nach Westen, wobei im Westen Waldflächen als Grenze deutlich überwiegen. Durch das Plangebiet verläuft die Straße K 6944 aus nordöstlicher Richtung nach Südwesten.	Sachverhaltsdarstellung

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.6	Landesamt für Umwelt Postfach 60 10 61 14410 Potsdam 15.06.2022	Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird erfüllt.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		Schutzanspruch Das sonstige Sondergebiet besitzt mangels Immissionsort keinen Schutzanspruch.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		Immissionssituation Auf das Plangebiet wirken mangels Immissionsort keine schädlichen Immissionen ein. Vom Plangebiet können Lichtemissionen (Blendwirkung) und Lärm ausgehen. Auf Grund der Entfernung zur nächstgelegenen schutzwürdigen Bebauung (Ca. 200 m) sind unzulässige Lärmbeeinträchtigungen in den angrenzenden schutzwürdigen Bereichen auszuschließen. Auch eine unzulässige Blendwirkung ist für die nächstgelegene Bebauung in Köpernitz auf Grund Entfernung und Lage nordöstlich der geplanten Anlagen nicht zu erkennen. Dagegen können Blendwirkungen auf die Nutzer der Straßen B 102 und K 6944 nicht ausgeschlossen werden. Ich halte daher ein Blendgutachten zur Begutachtung möglicher Blendwirkungen auf die Nutzer der V. g. Straßen für erforderlich	Der Hinweis wird berücksichtigt, ein Blendgutachten wird zum Entwurf vorgelegt.
		3. Fazit Eine abschließende Bewertung des Vorhabens hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes kann erst nach Vorlage des Blendgutachtens erfolgen.	Kenntnisnahme
		Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 (2) Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.	Kenntnisnahme

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.6	Landesamt für Umwelt Postfach 60 10 61 14410 Potsdam E-Mail vom 25.07.2022	zu Ihren Fragen: zu 1. (FFH-Grenze) Die aktuelle Grenzziehung erhalten Sie über die Erhaltungszielverordnungen für die FFH-Gebiete in Brandenburg über: https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/service/geoinformationen/ Dann „Bereich Naturschutz“ anklicken. Dann ist man hier: https://www.umweltdaten.brandenburg.de/naturschutz/#dateiliste-navigation Dann „Schutzgebiete nach Naturschutzrecht und Natura 2000“ öffnen und dann zu „Erhaltungszielverordnungen für die FFH-Gebiete im Land Brandenburg“ (hier die gezippte Datei „ezv.zip“ herunterladen).	Der Hinweis wird berücksichtigt, indem die SO-Grenze an die FFH-Grenze angepasst wird.
		Zu 2. (Hinweis auf Kompensationsmaßnahme) Lt. dem Änderungsbescheid aus 2016 mit AZ: 049.00.00/02/C sollen auf dem Flurstück 33 in Köpernitz Flur 4 insg. 3 ha ungelentke Sukzession, somit fast das gesamte Flurstück (Flurstücksgröße 3,05 ha). Bei der Fläche handelt es sich um eine festgesetzte Kompensationsfläche, welche dauerhaft zu sichern und von Beeinträchtigungen frei zu halten ist.	Der Hinweis wird berücksichtigt, indem die Kompensationsfläche nachrichtlich übernommen wird
1.8	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Inselstraße 26 03046 Cottbus 02.06.2022	1: Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können: Keine. 2: Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands: Keine.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		3: Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan: Bodengeologie: Laut aktueller Moorbodenkundlicher Karte (MoorFIS 2013) befinden sich nördlich angrenzend und im nördlichen Bereich des o.g. BPs (siehe Übersichtskarte, Anlage) Niedermoore mit unterschiedlicher Mächtigkeit (siehe http://www.geo.Brbg.de/boden). Dies ist bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.	Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Das Vorhandensein von Niedermooren wird im Rahmen der Kartierung überprüft und im Umweltbericht dargestellt.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.9	Landesamt für Ländliche Ent- wicklung, Land- wirtschaft und Flurneuordnung Seeburger Chaussee 2 14476 Potsdam 01.06.2022	Geologie: Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden, Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8 ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		Gegen die Planungen der Stadt Ziesar - sowohl Aufstellung des BP als auch Änderung des FNP spricht aus Sicht der Flurbereinigungsbehörde nichts. Die Möglichkeiten für bodenordnerische Regelungen im laufenden Flurbereinigungsverfahren werden dann allerdings sehr eingeschränkt sein, wenn landwirtschaftliche Nutzfläche großräumig mit Photovoltaikanlagen beplant und bebaut wird. Da der Solarpark an der nordwestlichen Grenze des Verfahrensgebietes liegt, wäre eine Entlassung der betroffenen Flurstücke aus dem Flurbereinigungsverfahren zu überlegen. Da das Flurbereinigungsverfahren „Ziesar/Buckautal" noch ganz am Anfang steht, könnten die Planungen zum Solarpark im laufenden Verfahren berücksichtigt werden. Dazu würde ich Sie bitten, meine Behörde an den nächsten Verfahrensschritten zu beteiligen und auch in eventuell angedachte weitere Planungen auf dem Gebiet des FBV „Ziesar/Buckautal" einzubinden.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
1.10	Gemeinsame Obere Luftfahrt- behörde Berlin- Brbg Mittelstraße 9 12529 Schönefeld 09.06.2022	1. Der Standort befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB. 2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftrechtlicher Sicht durch das o.g. Vorhaben nicht berührt. 3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben aktuell nicht entgegen. 4. Es bestehen derzeit keine Bedenken gegen den Vorentwurf der 5. Änderung des FNPs der Stadt Ziesar und des BPs „Solarpark Köpernitz Süd-West" der Stadt Ziesar im Parallelverfahren (Stand: April 2022).	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.10	Gemeinsame Obere Luftfahrt- behörde Berlin- Brbg Mittelstraße 9 12529 Schönefeld 09.06.2022	<p>Begründung:</p> <p>Das im Kartenmaterial dargestellte Plangebiet liegt außerhalb von Bauschutzbe- reichen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segelflug- und Modellfluggeländen und Schutzbe-reichen von zivilen Flug- sicherungsanlagen (vgl. §§ 12,17 und 18a LuftVG).</p> <p>Durch die Lage des Plangebietes und die geplanten Festsetzungen ist eine Beein- trächtigung ziviler luftfahrt-rechtlicher Belange nicht zu erwarten. Die Verwendung reflexionsarmer Module wird vorausgesetzt.</p> <p>Insoweit bestehen derzeit keine Bedenken gegen den Vorentwurf der 5. Änderung des FNPs der Stadt Ziesar und des BPs „Solarpark Köpernitz Süd-West“ der Stadt Ziesar im Parallelverfahren (Stand: April 2022).</p>	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis
		<p>Hinweise:</p> <p>1. Sollte der im Kartenmaterial dargestellte Geltungsbereich oder der Inhalt geän- dert werden, ist die LuBB erneut zu beteiligen.</p> <p>2. Zur Abklärung militärischer Belange empfehle ich Ihnen, das Bundesamt für Inf- rastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDbw), Post- fach 2963, 53019 Bonn zu beteiligen</p>	<p>Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis</p> <p>Das BAIUDbw wurde bereits beteiligt (siehe TöB Nr. 2.3.2), es wurden keine Hinweise oder Einwände zum geplanten Vorha- ben geäußert.</p>
1.13	Landesbetrieb Straßenwesen Brbg Steinstraße 104- 106 14480 Potsdam 16.06.2022	Aus Sicht des LS bestehen hinsichtlich des FNP keine Bedenken.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.13	Landesbetrieb Straßenwesen Brbg Steinstraße 104-106 14480 Potsdam 16.06.2022	I. R. d. weiteren Verfahrens zum BPL sind folgende Hinweise zu beachten: - Der betreffende Bereich der B107, welcher direkt an den Geltungsbereich des BPL grenzt, liegt im außerörtlichen Bereich. Nach § 8a (1) FStrG gelten Zufahrten und Zugänge zu Bundesstraßen außerhalb von Ortsdurchfahrten als Sondernutzung im Sinne des § 8 (1) FStrG, wenn sie neu angelegt oder geändert werden. Eine Änderung liegt auch vor, wenn eine Zufahrt oder Zugang gegenüber dem bisherigen Zustand einem erheblich größeren oder andersartigen Verkehr als bisher dienen soll. Die Sondernutzung ist erlaubnis- und gebührenpflichtig. Eine solche Sondernutzungserlaubnis wird nicht in Aussicht gestellt. Vielmehr weise ich darauf hin, dass die Pflicht der verkehrlichen Erschließung, soweit nicht anders geregelt, der Gemeinde obliegt (vgl. § 123 BauGB). Die Gemeinde Ziesar ist für die verkehrliche Erschließung Z.B. durch eine gewidmete öffentliche Straße bzw. eine rückwärtige Erschließung verantwortlich.	Die Hinweise werden im Rahmen der Bauausführung berücksichtigt. Ausfahrten von der B107 sind nicht vorgesehen.
		Es ist ein Nachweis zu führen, dass durch die geplanten PV-Anlagen keine Gefährdung für den fließenden Verkehr auf der B107 durch Blendwirkung ausgeht. Ggf. ist dies durch entsprechende Bepflanzung am Rande des Geltungsbereiches zu unterbinden. Die vorgenannten Punkte sind in die Planung einzuarbeiten bzw. nachzuweisen. Der LS ist am weiteren Verfahren zu beteiligen.	Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt: Die vorgegebene Anbauverbotszone wird eingehalten. Aussagen zu den Voraussetzungen einer Nutzung der Anbaubeschränkungszone wurden abgestimmt. Sh. Stellungnahme vom 21.07.2022
1.13	Landesbetrieb Straßenwesen Brbg Steinstraße 104-106 14480 Potsdam E-Mail vom 21.07.2022	nach interner Abstimmung kann ich Ihnen folgende Auskunft zu Ihren Fragen geben: zu 1.: (Hinweis auf Kompensationsmaßnahmen) - Beide genannten Flurstücke sind Wegeflurstücke (Feldweg). Die beinhalteten hier die Pflanzung der dort befindlichen wegbegleitenden Bäume. Diese sind in einem Luftbild entsprechend sichtbar (siehe Anhang) - Für die weitere Planung, insbesondere der Bauphase ist zu beachten, dass die Bäume keinen Schaden nehmen. Sollten Bäume im Zuge der Baumaßnahme geschädigt werden, ist dies dem LS unverzüglich zu melden (Juergen.Michalik@LS.Brandenburg.de). Ggf. muss der Vorhabenträger für Ersatz der beschädigten Bäume sorgen. Zu 2.: (Genehmigung Anbaubeschränkungszone) - Die Genehmigungsfähigkeit zur Nutzung der Anbaubeschränkungszone, hängt bspw. von evtl. bestehen Planungsabsichten des LS ab. In diesem Fall kann die Genehmigung mit Einreichung der abschließenden Unterlagen in Aussicht gestellt werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ein Entfernen oder Beschädigen der Bäume ist nicht geplant. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass sich Teile des Weges und der Pflanzungen nicht im Wegeflurstück, sondern in privaten Flurstücken befinden. Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
1.13	Landesbetrieb Straßenwesen Brbg Steinstraße 104-106 14480 Potsdam 24.10.2024	<p>Sie baten per Mail um Genehmigung einer Heckenpflanzung zum Sichtschutz des Solarparks Köpernitz. Zu beachten ist, dass die Hecke auf 40 m (von der Fahrbahnkante/Anbaubeschränkungszone) gesetzt wird, damit die Breite bis auf 35 m heranreicht. Sämtlicher Zuwuchs muss bei 35 m (von der Fahrbahnkante/Anbaubeschränkungszone) fachmännisch entfernt werden und darf diese nicht überschreiten. Die Festsetzung dazu muss im Bebauungsplan erfolgen.</p> <p>Dies haben Sie mir heute telefonisch zugesichert.</p> <p>Der LS ist mit der Strauchheckenpflanzung einverstanden.</p>	Die Hinweise werden in die Planung übernommen und entsprechend festgesetzt.
2.1.1	Deutsche Telekom Technik GmbH Postfach 229 14526 Stahnsdorf 28.05.2022	<p>Am Rand des Planbereiches bzw. im öffentlichen Straßenland (B107 und K6944) befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom, die aus den beigefügten Plänen ersichtlich sind.</p> <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen TK-Linien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den TK-Linien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen TK-Linien der Telekom informieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kabeleinweisung via Internet (Flyer Trassenauskunft Kabel), – Nutzung des Leitungsauskunftsportals der infrest GmbH (www.infrest.de) oder – E-Mail: Planungsauskunft_Brbg@telekom.de <p>Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p> <p>Im Geltungsbereich des BPs befinden sich auch öffentliche Flurstücke mit Verkehrsflächen (siehe Pkt. 4.6 „Geh-, Fahr- und Leitungsrechte“), die u.a. mit einem Leitungsrecht für die Ver- und Entsorgungsträger belastet werden sollen. Diese Straßenrandflächen (siehe beigefügte Planunterlagen) müssen zur Erschließung von Köpernitz und weiteren Siedlungsgebieten mit Telekommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stehen. Zur Sicherung der Telekommunikationsversorgung bitten wir deshalb, diese Verkehrsflächen nach § 9 (1) Nr. 21 BauGB als mit einem Leitungsrecht zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn als zu belastende Fläche festzusetzen. Diese Kennzeichnung allein begründet das Recht zur Verlegung und Unterhaltung jedoch noch nicht. Deshalb muss in einem zweiten Schritt die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch mit folgendem Wortlaut:</p> <p>"Beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die Telekom Deutschland GmbH,</p>	Die Hinweise werden im Rahmen der Bauausführung berücksichtigt.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
		Bonn, bestehend in dem Recht auf Errichtung, Betrieb, Änderung und Unterhaltung von Telekommunikationslinien, verbunden mit einer Nutzungsbeschränkung." erfolgen. Vor diesem Hintergrund weisen wir vorsorglich darauf hin, dass wir die TK-Linien nur dann dort belassen und ggf. neue verlegen können, wenn die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, im Grundbuch erfolgt ist. Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen zu den übersandten Unterlagen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunft_Brbg@telekom.de“	
2.1.8	Wasser- und Abwasserverband „Ziesar“ Mühlentor 15 A 14793 Ziesar 23.05.2022	Aus Sicht des WAV „Ziesar“ gibt es keine Einwände zum o.g. Bebauungsplan. Die Trinkwasserversorgungsleitung „zum Geuen“ (TW, AZ - DN 80) ist eingezeichnet. Sowie die Schmutzwasserdruckleitung (SWDL) von Dretzen über Köpernitz nach Ziesar ist dargestellt aber mit falscher Fließrichtung. Ich nehme an das es die TW sowie SWDL sind, leider ist keine Ausführliche Legende vermerkt. Vielleicht könnten Sie mir eine Ausführung mit Legende zukommen lassen.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis.
2.5.1	Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände GbR „Haus der Natur“ Lindenstraße 34 14467 Potsdam 28.06.2022	Die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brbgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren: Die Stadt Ziesar plant im Ortsteil Köpernitz die Ausweisung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf 128 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (Gemarkung Köpernitz, Flur 3 +4). Photovoltaik (PV) ist eine effiziente Technologie zur Stromerzeugung und bildet einen Eckpfeiler zur Erreichung der nationalen Klima- und energiepolitische Ziele. Aus Sicht der Naturschutzverbände spielt deshalb der weitere naturverträgliche Ausbau von PV-Anlagen für das Erreichen dieser Ziele und zur Umsetzung der Energiewende eine wichtige Rolle. Aufgrund dessen müssen naturschutzfachliche Belange bei der Standortwahl je nach standortspezifischen Gegebenheiten, hinsichtlich der Größe und Gestaltung der PV-Freiflächenanlagen und bei der Errichtung, dem Bau und dem Betrieb, der Umsetzung von Aufwertungsmaßnahmen sowie bei Wartung und Rückbau der PV-Freiflächenanlagen eine entsprechende Berücksichtigung finden. Zum Schutz von Natur- und Landschaft sollten v.a. Flächenkapazitäten im Innenbereich (Wohn-, Industrie- u. Gewerbebauten) ausgeschöpft werden und bevorzugt auf Flächen mit hohem Versiegelungsgrad bzw. hoher Bodenverdichtung außerhalb von Schutzgebieten errichtet werden.	Kenntnisnahme, kein Abwägungserfordernis

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
		<p>Aus unserer Sicht müssen die gen. Kapazitäten (u.a. angrenzender Gewerbepark) seitens der Stadt Ziesar recherchiert und entsprechend ausgeschöpft werden bevor landwirtschaftliche Ertragsflächen großflächig überbaut werden.</p> <p>Auch ökologisch hochwertige Flächen ohne Schutzstatus (Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Nahrungsflächen besonders geschützter Arten, Streuobstwiesen, Alleen, Feldgehölze), landwirtschaftlich hochwertige Flächen und landschaftlich exponierte Flächen sind für die Bebauung von PV-Anlagen auszusparen.</p>	<p>Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt:</p> <p>Der erwähnte Gewerbepark ist bereits durch Strom und Leitungen erschlossen. Er soll deshalb für eine Gewerbeansiedlung genutzt werden, nicht für Photovoltaikanlagen.</p>

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
2.5.1	Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände GbR „Haus der Natur“ Lindenstraße 34 14467 Potsdam 28.06.2022	Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage ist die Inanspruchnahme von ertragsfähiger Nutzfläche nicht gerechtfertigt Mit der Überbauung bewirtschafteter Ackerflächen erfährt das Gebiet selbst als auch die angrenzenden Wald- und Offenlandbereiche eine nicht abzuschätzende Veränderung im Artenspektrum. Die 128 ha große Ackerfläche wird mit einem 2,5 m hohen Zaun vom offenen Landschaftsraum ausgegrenzt. Damit der Zugang für Menschen, Großwild, Zugvögel und andere Tiere würde damit dauerhaft eingeschränkt.	Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Die aktuellen klimapolitischen Zielstellungen können auf Dächern, Gebäuden etc. in den angestrebten Zeiträumen nicht erreicht werden. Es ist keine Konversionsfläche in vergleichbarer Größenordnung vorhanden. Es handelt sich beim Plangebiet zudem um eine Fläche mit lediglich mäßigem Ertragspotenzial. Die Umnutzung bisheriger Landwirtschaftsflächen zugunsten der Gewinnung erneuerbarer Energien sollte vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation betrachtet werden. Es wird auf die im Juli 2022 verabschiedete EEG-Novelle 2023 hingewiesen. Diese hebt die Ausbauziele für die Gewinnung erneuerbarer Energien deutlich an: Im Jahr 2030 sollen demnach 80 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. Die Ziele der Politik und der gesetzlichen Grundlage sollten bei der Bereitstellung von Flächen für die Energiegewinnung berücksichtigt werden. Die Festsetzung von SO Photovoltaik werden häufig mit extensiven Grünland verbunden. Im vorliegenden Fall wird innerhalb des BPs im SO extensives Grünland festgesetzt. Grünland ist als ökologisch wertvoller Bestandteil einer multifunktionalen Agrarlandschaft zu betrachten. Als Dauergrünland gelten Wiesen, die mehr als fünf Jahre nicht als Acker genutzt wurden. Aufgrund dessen sind diese Bereiche als Flächen mit landwirtschaftlicher Relevanz zu begreifen. Gleichzeitig wurden bereits Wildkorridore sowie Einfriedungen mit einer Öffnung von 20 cm vom Boden festgesetzt. Mit Grundlage der faunistischen Kartierung werden weitere Maßnahmen für die Fauna festgesetzt.
		Auch wenn die Höhe der Module mit 3,5 m festgelegt wird, wird das bisherige Landschaftsbild grundlegend verändert.	Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Der Einfluss des BP wird im Umweltbericht näher untersucht und zum Entwurf vorgelegt. Zudem wird ein Aussichtspunkt entlang des Wanderwegs festgesetzt, um die Möglichkeit bieten die Besonderheit der Landschaft über der Freiflächenphotovoltaikanlage hinweg zu betrachten. Zudem kann der Aussichtsturm einen Beitrag zur Attraktivität des Wanderwegs leisten sowie als Ausflugsziel der Naherholung dienen.

Nr.	Behörde / TöB	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag
2.5.1	Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände GbR „Haus der Natur“ Lindenstraße 34 14467 Potsdam 28.06.2022	Welche Auswirkungen das Vorhaben auf die angrenzenden Schutzgebiete FFH-Gebiet „Buckau und Nebenflüsse“ haben wird, ist nicht nachvollziehbar. Wir weisen an dieser Stelle auf das Verschlechterungsverbot.	Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Die SO-Grenze wird zurückgenommen und ein Abstand zum FFH-Gebiet eingehalten.
		Die im Plangebiet vorhandenen Landschaftsstrukturen (Alleen, Baumreihen, Feldgehölze u.a.) sind zu erhalten, aufzuwerten und um Blühstreifen zu ergänzen. Aufgrund der genannten Bedenken kann das Vorhaben seitens der Verbände nicht befürwortet werden.	Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Die vorhandenen Gehölze werden nachrichtlich übernommen und zum Erhalt festgesetzt.
		Wir möchten in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Schutz der Biodiversität ein Gemeinwohlziel ist, das deutlich stärker in allen Lebensbereichen Berücksichtigung finden muss. Deshalb sollte auch die Planung darauf abzielen einen urbanen Raum zu entwickeln, in dem der Arten-/Natur-/Landschaftsschutz neben der Bebauung eine gleichberechtigte Betrachtung erfährt. Gerade in Zeiten, in denen auf allen Ebenen über die Bedeutung von Klima-, Insekten- und Biodiversitätsschutz auch als Vorsorge für das menschliche Wohlergehen gesprochen wird, wird ein entsprechender zukunftsweisender Umgang auch und vor allem von Verwaltungen und Planungsträgern erwartet. Wir bitten um die weitere Einbeziehung in das Verfahren und um die Zustellung des Abwägungsergebnisses.	Der Hinweis wird wie folgt berücksichtigt: Die Einflüsse der Planung werden im Umweltbericht sowie der Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung eingehend betrachtet. Diese werden zum Entwurf vorliegen. Das Landesbüro wird weiterhin beteiligt.

4. Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB

Die formale Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB fand durch öffentliche Auslegung vom 11.07.2022 bis 09.08.2022 statt.

lfd. Nr.	Öffentlichkeit	Einwände, Anregungen und Hinweise	Abwägungsvorschlag

Aus der Öffentlichkeit sind keine Anregungen und Hinweise vorgetragen worden.